

Aschermittwoch, 18.02.2015

Cuno Hägele, DIE LINKE - Stuttgart

Es gilt das
gesprochene Wort

Liebe Genossinnen,

liebe Genossen,

*(**) „Stuttgart die Stadt zwischen Wald und Reben zwischen Hängen und Würgen hat mit S 21 nicht nur das weltbestgeplante, und auch bestumgesetzte Projekt ever! Wow soviel Planung und Umsetzung und Qualität war noch nie!*

Und schon bei kleinsten Anzeichen möglicher Probleme, werden hochspezialisierte Experten herangezogen.

„Zum Beispiel beim Grundwassermanagement. Kaum, dass bei einem blöden Baustellenunfall tiefbraune Brühe aus den Rohren austrat vermuteten die hellwachen Verantwortlichen, dass sich eventuell, vielleicht, vermutlich aber auf keinen Fall, Rost in den Rohren bilden könnte. Schon nach mehrfachem und intensivem Insistieren der Ingenieure²² und aufgrund freundlichen Drucks durch das EBA, beauftragte die Bahn (fast sofort und beinahe freiwillig) ausgewiesene Experten damit, den Fall akribisch zu untersuchen.

Es spricht für ein hohes Maß an Qualität und Verantwortungsbewusstsein der Bahn, dass es sich bei diesen Experten um einen Büroservice handelt. Da kann man nicht x-beliebige Fachleute nehmen. Nein, das muss schon ein Büroservice sein. Gut, die haben in ihrer Expertise gerade mal 9 von 300 Proben einbezogen. Ja, die am höchsten belasteten Proben haben sie gleich ganz als irrelevant außen vor gelassen. Das mag fachlich zweifelhaft klingen, aber besagter Büroservice erbringt dafür Kurier- und Botendienstfahrten. Das kann kein ordinäres Chemielabor anbieten.

Ich vermute stark, dass auch in anderen Bereichen von S21 ähnlich qualifizierte Dienstleiter mit Prüfungsaufgaben betraut wurden.“ (zitiert aus einem Parkschützerkommentar)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

gut dass die Ingenieure 22 Anzeige erstattet und nun dieser Tage nochmal juristisch nachgelegt.

In Abwandlung eines S 21 Werbespruches - Richtig ist, Budapest hat die meisten Mineralquellen, falsch ist, dass in Stuttgart dem Infiltrationswasser Unbedenklichkeit bescheinigt werden kann.

Richtig ist es geht mit dem Bau von S 21 voran, falsch ist, dass man Baugruben nicht schließen kann.

S 21 ist und bleibt ein unsinniges, vernunftfreies Projekt – das endlich gestoppt gehört.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ja es gibt eine NSU Untersuchungsausschuss in Baden Württemberg, es hat lange genug gedauert, aber er arbeitet mittlerweile. Dieser Tage waren die Herren Aust und Laabs, die beiden Autoren des Buches „Heimatschutz - Der Staat und die Mordserie des NSU“ im Untersuchungsausschuss. Auch wenn sie nicht viel Neues zu berichten wussten, ist ihre Grundaussage interessant und das deckt sich mit unserer Kritik: der Verfassungsschutz hat mehr gewusst, so dämlich wie er sich jetzt gibt ist der Verfassungsschutz nämlich nicht! Da gibt es die vielen geschredderten Akten, die dann, im einen oder anderen Fall - immer wenn es den Behörden in den Kram passte – im Keller gefunden wurden, und wo tatsächlich geschreddert wurde, da war das mehr als nur Zufall, da wurde Wissen absichtlich vernichtet.

Der Verfassungsschutz ist nicht so dämlich wie er sich jetzt darstellt, da kann man Dummheit als Weg, Strategie und Taktik unterstellen,

Deshalb fordern wir – Aufklärung über die Verbindungen des

Verfassungsschutzes und wir sagen es laut und deutlich: der

Verfassungsschutz gehört aufgelöst und zwar sofort und vollständig.

Wir brauchen solch ein Amt für Schnüffel und Horch nicht, wir sagen weg damit – auflösen – Ende – Basta!

Vor 43 Jahren am 28. Januar 1972 beschloss die Ministerkonferenz der Länder unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den sogenannten „Radikalenerlass“.

3,5 Millionen Bewerber/innen und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wurden daraufhin vom sogenannten „Verfassungsschutz“ auf ihre „politische Zuverlässigkeit“ überprüft. Die Folge davon waren 11 000 offizielle Berufsverboteverfahren, 2200 Disziplinarverfahren und 1250 aus politischen Gründen abgelehnte Bewerberinnen und Bewerber, die Dunkelziffer dürfte um ein vielfaches höher sein und es kam zu 265 Entlassungen.

Betroffen waren, Lehrerinnen und Lehrer, SozialarbeiterInnen,
SozialpädagogInnen, Briefträger (Postzusteller) Lokomotivführer,
Eisenbahner u. verschiedene andere.

Wer kennt das noch:

Lokführer Rudi Röder darf nicht Beamter sein, so'n Bundesbahndirektor nennt ihn Verfassungsfeind,

wir meinen so ein Vorwurf das ist ein dicker Hund und gehn aus purer Neugier der Sache auf den Grund.

Ist Rudis Art zu bremsen besonders radikal,

noch schlimmer ignoriert er nicht jedes Stoppsignal,

schlicht weg als linkes Zeichen der Bourgeoise und die

die täglich mit ihm reisen beschweren die sich nie,

springt keiner aus dem Wagen bei voll Gas wenn er hört,

dass vorn der Rudi Röder Lokomotive fährt,

was sagt sichs dergleichen,

der Rudi Röder schafft,

seit Jahr und Tag – sein Tagwerk

und sehr gewissenhaft,

da gibt s ne ganze Menge Leute,

die schrein höchste Eisenbahn das aus unserem Zorn Aktion wird,

also los wir fangen an,

die Berufsverbote gelten nicht der DKP allein,

sondern allen Demokraten das muss unsere Losung sein,

und schreibt auf das Transparent das man beim demonstrieren trägt die Berufsverbote, die Berufsverbote

müssen weg.

„Mehr Demokratie wagen“, das war das Motto von Bundeskanzler
Willy Brandt , und seiner sozialliberalen Koalition, es blieb bei einem
lauen Lüftchen, der Mief unter den Talaren von 1000 Jahren

erstickte jedes kritische Aufbegehren, jede Kritik am Kapitalismus, wurde in ihrer materiellen und persönlichen Existenz bedroht.

Die von Bundespräsident Gauck in pastoralem Ton gerühmte bürgerliche Freiheit versagte auf ganzer Linie, wenn es um Kommunisten, Sozialisten, linke Jusos, Jungdemokraten uva. ging.

Der Verfassungsschutz schnüffelte auf allen Ebenen, in jeder WG, in jedem noch so kleinen Zusammenhang, und alles und jedes wurde gegen einen verwendet, immer nach dem Motto:

„Hier kann jeder machen was er will – im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – versteht sich!“.

Diese Grundordnung wird immer noch restriktiv definiert, diese Grundordnung ist immer noch repressiv. „Radikal“ im Sinne des Radikalenerlasses war damals alles, was den Herrschenden in Wirtschaft und Politik nicht in den Kram passte, sei es die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in Lateinamerika - oder die Frage ob das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland Arbeitslosigkeit Not und Elend verhindert.

Und 43 Jahre später, es gibt immer noch keine Entschuldigung bei den Opfern des sogenannten Radikalenerlasses. Im Gegenteil, die Fraktion der Grünen im Landtag berät, berät und berät andere antworten auf Schreiben überhaupt nicht. Es tut sich nichts und das obwohl wir einen Ministerpräsidenten haben der 1977 als Mitglied

einer K Gruppe vom Berufsverbot bedroht war, nur eine starke Solidaritätsbewegung konnte sein Berufsverbot verhindern.

Die Schnüffeleien und Überprüfungen sind nicht gänzlich abgeschafft, sie haben heute nur ein anderes Gesicht.

Den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten erleben wir tagtäglich, da wird gegen Betriebsräte vorgegangen die sich konsequent für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Da werden Demonstranten die nach Stuttgart zu einer Demonstration für ein „Europa von unten – Nein zu TTIP“ reisen, von oben bis unten gefilzt, da wird im Einbürgerungsfragebogen bei Immigranten nach der politischen Auffassung und Mitgliedschaft gefragt.

Und dann rühmt der Bundespräsident, der Herr Pfarrer Gauck, - der von der Bundesrepublik Deutschland, mehr Verantwortung weltweit sprich Militäreinsätze verlangt, wie buchstabiert man eigentlich Militärpfarrer, (*und dann rühmt er*) die bürgerlichen Freiheiten in diesem Land.

Wer genauer hinsieht, erkennt deutlich mehr!

Unser Motto ist nicht das biblische „gebt dem Kaiser was des Kaisers ist“, sondern wir wehren uns gegen den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten, deshalb leisten wir Widerstand wenn es um den Abbau unserer Rechte , unserer gewerkschaftlichen Rechte geht.

Wir lehnen den Gesetzentwurf von Frau Nahles zur Tarifeinheit ab.

Die Tarifeinheit, der Grundsatz „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ das ist für uns wichtig, aber er muss politisch in den Betrieben durchgesetzt werden.

Gewerkschaften sind keine Kuschelvereine. Wir sind nicht die Lieblingskuschelgewerkschaft von irgendeiner Bundesregierung und / oder Arbeitgeber, oder von Nahles Gnaden, wir sagen deshalb laut nein zum vorliegenden Gesetzentwurf da er in eklatanter Weise in das Koalitionsrecht und damit in das Streikrecht eingreift.

Die SPD liefert die Vorlage durch Frau Nahles und Seehofer und seine CSU legen nach. Hier die bayrisch Christ-Soziale Rhetorik, die CSU steht für ein „Für ein modernes Streikrecht – Koalitionsfreiheit achten – Daseinsvorsorge sicherstellen,“ deshalb ist sie der Meinung dass das Schlichtungs- und Streikrecht für die Bereiche der Daseinsvorsorge und kritischer Infrastrukturen an „moderne Anforderungen angepasst“ werden solle.

Dann wird eingeseift und Schaum geschlagen was das Zeug hält, “Koalitionsfreiheit ist ein hohes Gut, aber Aufgabe des Staates sei es kritische Infrastrukturen zu schützen“, „ für jeden Bürger ein Mindestmaß in den kritischen Bereichen der Daseinsvorsorge sicherstellen.“ Bei solchen Worten könnte man fast meinen die CSU will die Daseinsvorsorge besser ausstatten, mehr Personal, mehr Geld, aber darum geht es nicht. Es ist ihnen jedes Mittel, jede Begründung recht, wenn es um die Einschränkung des Streikrechts geht. Und noch ein Schmankerl, der Streik trifft ja immer die ärmsten

der Armen, Stimmt absolut, wenn die Kitas streiken ist es immer die armeHalbhöhenlage..... die sich über die streikenden Erzieherinnen beschwert.

Im Übrigen zur kritischen Infrastruktur laut CSU gehört auch Bildung und Erziehung – ein Schelm wer dabei böses denkt. Die CSU ist getrieben von der Sorge ums Gemeinwohl.

Die CSU will drei gesetzliche Vorgaben einführen:

1. vor jedem Streik ein *obligatorisches Schlichtungsverfahren (man kann das auch Zwangsschlichtung buchstabieren).*
2. *Eine Ankündigungsfrist von vier Werktagen.*
3. *Eine Vereinbarung zur Mindestversorgung zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge. Die Tarifparteien sollen verpflichtet werden, vor einem Tarifkonflikt eine Notdienstvereinbarung zu treffen und einen konkreten Streikfahrplan vorzulegen..*

Die CSU schafft damit das Streikrecht faktisch ab. Die Durchsetzung berechtigter Forderungen der abhängig Beschäftigten abgeschafft. Ohne die Möglichkeit des Streiks sind Tarifverhandlungen kollektives Betteln! Gewerkschaften geschwächt – den Arbeitgebern die Straße freigemacht, dann kann die CSU ordentlich verkünden: es herrscht wieder Ruhe im Land!

Deshalb: Hände weg vom Streikrecht – Hände weg von der
Tarifautonomie,

Aber bitte aufgepasst: Widerstand heißt, Widerstand gegen beide
Vorschläge, gegen den der CSU und der SPD.

Widerstand ohne wenn und aber: Hände weg vom Streikrecht,
Denn, in Sachen Streikrecht gibt es kein kleineres Übel sondern bei
Eingriffen in das Streikrecht ist alles von übel – dies klar und deutlich
in Richtung Nahles SPD. Wir lassen uns von niemand hinters Licht
führen wenn es um unser Streikrecht geht!

Apropo SPD:

Zur SPD fällt einem an dieser Stelle mittlerweile nichts mehr ein,
trifft man einen Sozialdemokraten, dann hat man den Eindruck, “oh
das soziale Gewissen der Partei hat Ausgang, trifft man die Partei als
Teil der Bundesregierung“, soviel Ablass können die gar nicht mehr
bezahlen, wie es Sündenfälle gegen die abhängig Beschäftigten gibt.
Da ist selbst der Spott von Kurt Tucholsky er bezeichnete die SPD als
„hier können Mann und Frau Kaffee trinken“, kein Spott mehr und
man bekommt mit dem Kaffee echtes Mitleid hier in einem Atemzug
mit der SPD genannt zu werden, aber man muss nicht im Kaffeersatz
lesen, wenn es um Kriegseinsätze, Sozialabbau, Einschränkung des
Streikrechtes, Hartz IV und vieles mehr ging und geht – überall war
die SPD dabei oder anders gesagt – die Verschlechterungen in diesem

Land gingen nie ohne sie. Namensumbenennung wäre jetzt mal angesagt. Kreative Ideen gibt es sicherlich wie es dieser Tage in Neues aus der Anstalt zu hören war, z.B. „Sammlungsbewegung für Proletarier Demütigung

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
soviel Freihandel war noch nie, damit kann man am besten umschreiben was derzeit sich in Sachen TTIP, CETA, TISA tut. Es ist gut zu wissen, dass der Widerstand an allen Ecken und Enden wächst. Denn TTIP, CETA und TISA, das ist der Versuch der Konzerne die Gesellschaft umzugestalten, das ist der heimliche Staatsstreich gegen das Gemeinwesen, das ist die Enteignung der Gesellschaft, dagegen gilt es Widerstand zu leisten. TTIP, CETA, TISA bedroht die kommunale Selbstverwaltung. Was einmal privatisiert wurde, kann nicht mehr rekommunalisiert werden. Das scheint aber bei einigen, sprich SPD und CDU, im Stuttgarter Gemeinderat noch nicht angekommen zu sein. Da legt die Stadtverwaltung einen Entwurf vor, der mehrheitlich beschlossen werden soll. Der Entwurf steht nicht im Verdacht linksradikal zu sein sondern benennt die Kritik an den Freihandelsabkommen auf der moderaten Linie des Städtetags. Aber das ist den Christdemokraten zu wenig Wirtschaftsorientiert, das ist den Sozialen Demokraten zu wenig neoliberal – oder aber auch gerne umgekehrt – da fehlt die Stärkung des Wirtschaftsstandorts, den TTIP

ist ja ein Wirtschaftsförderungsprogramm: Deshalb gab es keine Erklärung des Stuttgarter Gemeinderats.

Wer lesen kann ist klar im Vorteil, Damen und Herren der CDUSPD, es heißt transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft“ aber man kann auch die Augen verschließen und gegen die Wand laufen.

In der Berichterstattung der Stuttgarter Zeitungen in den letzten Wochen konnte man viel über die die schwarze Null lesen. Der Grund dafür, das Defizit des Klinikums der Stadt Stuttgart.

Hintergrund ist, die anhaltende Unterfinanzierung der Krankenhäuser durch die Bundesregierung. Um einem weiteren Anstiegs des Defizits 2015 entgegenzuwirken – wie das so schön heißt – soll jetzt weiter beim Personal gespart werden. Klare Botschaft von uns an das Rathaus: wer die mangelhafte Krankenhausfinanzierung auf die Beschäftigten abwälzt der verabschiedet sich von einer guten und sicheren Patientenversorgung. Bereits heute haben wir fast 1000 Überlastungsanzeigen, d.h. dokumentierte Nichteinhaltung von Arbeitnehmerschutzrechten und damit verbunden Patientengefährdungen, deshalb – schwarze Null – nicht auf unserem Rücken!

Und noch eines, Privatisierungen sind mit uns nicht zu machen, weder im Reinigungsbereich noch in anderen Bereichen. In keinsten Weise denn öffentlich ist für uns wesentlich.

An der Stelle erlaubt mir einen kurzen Einschub, es gibt ja im Gemeinderat eine neue Partei, die AfD – heißt wohl A f D, und dann den Stadtrat Heinrich Fiechtner, das ist derjenige der anlässlich der Antipegida Demonstration in Stuttgart den Koran mit Hitlers „Mein Kampf“ verglichen hat, da möchte man lieber k....., ich kommentiere es lieber nicht. Für diesen Herrn sind Lohnkürzungen, outsourcing, Fremdvergaben „ein Weg der unbedingt verfolgt werden muss“ wenn es um das Klinikum geht.

Neoliberaler geht's nimmer, der Herr zeigt halt gerne offen wessen Geistes Kind er ist.

Gegen Pegida sind in Stuttgart 8000 auf die Straße gegangen und das war gut so – und am 21.03.14 geht es darum den sogenannten Gegner des Bildungsplanes klar zu machen, wir stehen für eine offene, demokratische und pluralistische Gesellschaft. Wir stehen für eine vorurteilsfreie, diskriminierungsfreie Erziehung, gegen Homophobie und Ausgrenzung, deshalb am 21.03.15 Arsch hoch und Zähne auseinander und alles auf den Schlossplatz,

und für heute gilt;

ich grüße die Aufsässigen,
die Alten und die Jungen vorn dran,

alle die sich zwischen Wald und Reben
und Hängen und Würgen nicht das Maul verbieten lassen,

Und deshalb,

überlasst nichts den Mächtigen,

den Konzernen,

hier nicht und da nicht,

den für die Mächtigen hört der Spaß immer da auf,

wo unsere Freiheit anfängt,

deshalb,

Nicht lange überlegen

In die Hände gespuckt, Und ran!